

Abg. Mehner (Soz.) berichtet über die Petition des Verkehrsaußchusses zu Zwiedau und der städtischen Kollegen zu Lichtenstein um staatliche Automobilverbindung Zwiedau—Lichtenstein—Oelsnitz i. S. Sein Antrag ging dahin, die Kammer wolle beschließen: die Petitionen des Verkehrsaußchusses zu Zwiedau und der städtischen Kollegen zu Lichtenstein um Errichtung einer staatlichen Automobilverbindung Zwiedau—Lichtenstein—Oelsnitz i. S. durch die Erklärung der Königlichen Staatsregierung vom 27. Februar 1914 zu Nr. 228 des Eisenb.-Reg. B unter 1 für erledigt zu erklären. — Die Kammer stimmte einstimmig dem Deputationsvotum zu.

Abg. Mehner (Soz.) berichtete dann noch namens der Finanzdeputation B über die Petition des Werksbesitzers Krebsmair in Lichtenberg und Genossen um staatliche Automobilverbindung Freiberg—Weissenborn—Lichtenberg—Frauenstein. Er beantragte, die Petition der Staatsregierung als Material zu überweisen. — Auch hier schloß die Kammer einstimmig demgemäß.

Abg. Rentzsch (Konf.) referierte dann ebenfalls namens der Finanzdeputation B über die Petitionen der Eingesessenen des Weigsdorfer Tales und Genossen sowie des Gemeinderates zu Reichenau und Genossen um Errichtung einer Kraftwagenlinie von Weigsdorf nach Hirschfelde bei Weigsdorf—Reichenau—Hirschfelde. Er beantragte, die Kammer wolle beschließen: die Petition der Eingesessenen des Weigsdorfer Tales um Einrichtung einer Kraftwagenlinie von Weigsdorf nach Hirschfelde durch die Erklärung der Königlichen Staatsregierung als erledigt zu bezeichnen, die Petition des Gemeinderates Reichenau und Genossen um Fortsetzung dieser Linie bis Reichenau aber der Königlichen Staatsregierung als Material zu überweisen.

Abg. Rentzsch (Konf.) berichtete dann namens der Finanzdeputation B über die Petition der Firma Schöne u. Löbne in Wehrsdorf und Genossen um Einrichtung einer Kraftwagenlinie von Sohland über Wehrsdorf, Steinigtwalddorf, Ningenhain nach Oberneukirch und Bischofswerda mit Anschluß an die Linie Bischofswerda—Radeberg. Er beantragte, die Petition durch die Regierungserklärung als erledigt zu erklären, die weitergehenden Wünsche um Fortsetzung dieser Linie bis Bischofswerda im Anschluß an die bereits bestehende Linie Bischofswerda—Radeberg der Staatsregierung als Material zu überweisen. — Auch hier schloß die Kammer einstimmig und ohne Debatte demgemäß.

Abg. Mehner (Soz.) referierte hierauf namens der Finanzdeputation B über die Petitionen der Gemeinderäte zu Nieder- und Oberplanitz und Genossen um Anschluß an die Zwiedau—Hassensteiner Eisenbahmlinie nebst den hierzu eingegangenen Druckpetitionen. Er beantragte, die Kammer wolle beschließen: die Königliche Staatsregierung zu ersuchen, von der genehmigten Weiterführung der Güterbahn Niederplanitz—Oberplanitz Abstand zu nehmen, die Petitionen der Gemeinderäte zu Nieder- und Oberplanitz und Genossen um Anschluß an die Zwiedau—Hassensteiner Eisenbahmlinie derselben zur Erwägung zu überweisen, die Petition des Fleischobermeisters Göpel aber auf sich beruhen zu lassen.

Abg. Metzler (Lib.) berichtete hierauf über die Petition des Gewerbevereins zu Crimmitschau und Genossen um Errichtung einer normalspurigen Bahnverbindung Crimmitschau—Dennheritz mit Anschluß an die bestehende Hof—Leipziger Linie in Crimmitschau einerseits und an die Gera—Glauchauer Linie in Dennheritz anderseits. Er beantragte namens der Finanzdeputation B, die Kammer wolle beschließen, die Petition des Gewerbevereins zu Crimmitschau und Genossen um Errichtung einer normalspurigen Bahnverbindung Crimmitschau—Dennheritz mit Anschluß an die bestehende Hof—Leipziger Linie in Crimmitschau einerseits und an die Gera—Glauchauer Linie in Dennheritz anderseits zurzeit auf sich beruhen zu lassen. — Die Kammer beschloß einstimmig dem Antrage des Referenten gemäß.

Abg. Rößle-Neuhof (Nat.) berichtete dann gleichfalls namens der Finanzdeputation B über die Petition des Bürgermeisters Börngen in Mügeln und Genossen um Fortsetzung der Schmalspurlinie Reichenberg—Kroptewitz bis nach Großholzen. Die Kammer beschloß, nachdem Abg. Schade (Konf.) für die Wünsche der Petenten eingetreten war, die Petition der Staatsregierung zur Kenntnisnahme zu überweisen.

Derselbe Berichterstatter referierte dann namens der Finanzdeputation B über die Petition des Kammerherrn v. Pfugl auf Lampertswalde und Genossen um Errichtung einer Eisenbahn Olszatz—Wellerwalde—Lampertswalde, Cobertitz—Landesgrenze. — Die Kammer beschloß noch kurzer Debatte, die Petition der Staatsregierung zur Kenntnisnahme zu überweisen.

Derselbe Referent berichtete dann über die Petition des Gemeinderates zu Burgwitz um Errichtung eines weiteren Zuganges zum Bahnhof des Bahnhofes Burgwitz-Niederberndorf. — Die Kammer beschloß dem Antrage der Deputation gemäß, die Petition auf sich beruhen zu lassen.

Zum Schluß referierte Abg. Illige (Soz.) über die Petitionen der Gemeinden Bördorf—Reichenberg—Eisenberg—Moritzburg, sowie des Dresdner Flugplatzvereins Reichenberg—Bördorf und anderer Vereine um Fortführung der Straßenbahn Dresden—Trachenberge nach Bördorf. Sein Antrag ging namens der Finanzdeputation B dahin, die Kammer wolle beschließen, die Petition der Gemeinden Bördorf, Reichenberg, Eisenberg, Moritzburg, sowie des Dresdner Flugplatzvereins e. V. und anderer Vereine um Fortführung der Straßenbahn Dresden—Trachenberge nach Bördorf der Staatsregierung in dem Sinne zur Kenntnisnahme zu überweisen, daß die Staatsregierung nach den in der Denkschrift im Dekret Nr. 44 von 1912 entwickelten Grundsätzen es sich angelegen sein lassen möchte, die Gründung eines Gemeindeverbandes der Gemeinden Bördorf usw. mit Dresden zum Zwecke der Fortführung der elektrischen Straßenbahn Dresden—Trachenberge nach

Bördorf angustreben und sich an dem Gemeindeverbande mit Kapital zu beteiligen. — Nach langerer Debatte beschloß die Kammer einstimmig demgemäß.

Nächste Sitzung: Mittwoch nachmittag 1/2 Uhr. Tagesordnung: Allgemeine Vorberatung über die Königlichen Dekrete Nr. 27 und 35 betr. Wasserbauangelegenheiten und den Gesetzentwurf eines Gewährleistungsgesetzes für die weitere Anleihe der Weißeritzalsverrennen-Gesellschaft, sowie die Anträge der Abg. Opitz (Konf.) und Rückert (Nat.) und Genossen betr. die Instandsetzung und Unterhaltung der fließenden Gewässer und die Abänderung des Wasser- gesetzes.

## Deutsches Reich

Dresden, den 22. April 1914

— Der Reichsfanzer v. Behmann Hollweg bleibt, wie die „Kreuz-Ztg.“ erfährt, noch einige Tage auf Korsu und gedenkt dann, direkt nach Berlin zurückzufahren, wo er vorwiegendlich am 27. d. M. eintreffen wird.

— Reichstagssatzwahl. Bei der durch die Mandatsniederlegung des Abgeordneten v. Halem im Wahlkreis Marienwerder 5 notwendig gewordenen Reichstagssatzwahl wurden bis 10 Uhr abends für v. Halem (Reichspartei) 8490, v. Soz.-Faworski (Pole) 7282 und für den sozialdemokratischen Kandidaten 107 Stimmen abgegeben. Die Wahl v. Halems erscheint gesichert.

— Der Finanzausschuß der bayerischen Kammer der Reichsräte lehnte die von der Kammer der Abgeordneten genehmigte Regierungserklärung von 75 000 M. für die Arbeitslosenversicherung der Gemeinden ab. Der Finanzausschuß beschloß dagegen gemäß einem Antrage des Reichsrats Freiherrn v. Cramer-Klett, einen Betrag in gleicher Höhe zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu verwenden, hauptsächlich zur Errichtung von Arbeitsnachwiesen.

— Die Betriebszusammenhänge der preußisch-hessischen Staatsseisenbahnen haben im März 1914 gegen den gleichen Monat des Vorjahrs im Personenverkehr 5,1 Millionen Mark — 8,59 v. h. weniger, im Güterverkehr 9,5 Mili. Mark — 0,39 v. h. mehr, insgesamt unter Verstärkung einer Mehreinnahme aus sonstigen Quellen 3,4 Mili. M. — 1,57 v. h. weniger betragen. Im Vorjahr fiel das Osterfest in den Monat März. Der März des laufenden Jahres hatte dadurch zwei Feiertage weniger und zwei Werkstage mehr als der gleiche Monat des Vorjahrs.

— Die Zahl der noch lebenden Kriegsteilnehmer wird auf etwa 380 000 geschätzt.

— Eine Untersuchung des Kaiserbriefes. Wie die „Rheln.-Westl. Ztg.“ mitteilt, sind amtliche Nachforschungen nach dem Fälscher des Kaiserbriefes, wie Feststellungen über die Verbreiter der Fälschung im Gange.

— Über den Nachfall des Kardinals Kopp verbreitet der Berliner Post-Anzeiger, daß der verstorbene Fürstbischof ein Privatvermögen von 7 Millionen Mark hinterlassen habe. Als Universalerbe sei das Domkapitel eingesetzt; außerdem erhielten zahlreiche Beamte und Bedienstete des Domkapitels und des Domhofs Legate, deren Gesamtsumme 1 Million Mark wesentlich übersteige. Dazu erfahren wir von authentischer Seite, daß diese Nachricht in fast allen Teilen lediglich auf freier Erfindung beruht, vor allem auch hinsichtlich der ganz übertriebenen Höhe des nachgelassenen Vermögens.

— Die „Schlesische Volkszeitung“ dementiert authentisch die Nachricht Berliner Bildner über die Breslauer Bischofsliste, die in jenen Blättern genannten Namen der Kandidaten seien zum allergrößten Teile falsch, ebenso auch die Zahl acht.

— Volksschullehrerinnen. Im preußischen Volksschulwesen hat eine sehr starke Zunahme der Lehrerinnen stattgefunden. In den Jahren 1906 bis 1911 hat sich die Zahl der Lehrerstellen um rund 9 Prozent, die der Stellen für Lehrerinnen aber um 39 Prozent vermehrt. In Berlin waren 1913 an den Gemeindeschulen rund 3300 Lehrer und über 1700 Lehrerinnen beschäftigt.

— Was ein Volkschüler kostet. Die Frage, was ein Volkschüler in Preußen kostet, wird durch neue statistische Zahlen beantwortet, die jetzt abgeschlossen vorliegen. Danach kostet, wie wir in der „Kreuz-Ztg.“ lesen, der einzelne Schüler der Volksschule jetzt durchschnittlich 64,50 M. Diese Kosten haben sich im Verlaufe der letzten 25 Jahre genau verdreifacht, denn damals kostete der Volkschüler 21 M. In dem Vierteljahrhundert von 1886—1911 hat sich der öffentliche Aufwand für die Volksschulen in Preußen nach den neuen Feststellungen von 100 118 299 M. auf 420 898 192 M. gesteigert. Während die Schülerzahl in der gleichen Zeit von 4 848 247 auf 8 572 140, also nur um 23 v. h. anwuchs, erhöhten sich die Auswendungen auf mehr als das Dreifache. An der Aufbringung der Kosten war der Staat 1886 mit 13 260 956 M., 1911 mit 127 354 291 M. beteiligt. Aus Gemeindemitteln waren 1886 86 857 363 M. zu bestreiten, 1911 aber 293 563 901 M.

— In der Gesamtvorstandssitzung des Reichsverbandes der Vereine der nationalliberalen Jugend war man sich darüber einig, lebhafte Gedanken darüber auszutauschen, daß der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei schon nach kaum zwei Jahren wiederum gegen den Reichsverband schreite, obwohl der Reichsverband erst 1912 der Einigkeit in der Partei große, damals allseitig anerkannte Opfer gebracht habe. Der Reichsverband sei für die Fortsetzung und geistige Weiterarbeit auch der einzelnen Vereine völlig unentbehrlich und damit auch für die Gesamtpartei, die gerade in letzter Zeit noch die durch nichts zu erreichende Tätigkeit der Jugendvereine von leitender Stelle auch anerkannt habe. Demnach hält der Gesamtvorstand es für seine Pflicht, gerade gegen die nationalliberale Partei, nicht in Verhandlungen über Auflösung des Reichsverbandes einzutreten.

— Die deutsch-türkische Vereinigung, die kürzlich gegründet wurde, versendet nunmehr einen Aufruf mit der Bitte, dazu beizutragen, daß eine der Höhe der Anforderungen und der Aufgabe entsprechende Summe zusammengebracht werde. Die Vereinigung plant die Gründung,

Betrieb und Unterhaltung von Schulen und Erziehungsheimen, von Kranken- und Heilstätten, sowie später von Hochschulen, Entsendung deutscher Lehrer und Aerzte an türkische Schulen und Spitäler, Errichtung von deutschen Büchereien und anderen Bildungsstätten, Verbreitung passender Schriften, Unterstützung türkischer Staatsangehöriger, die in Deutschland ihre Ausbildung vervollständigen wollen, und andere geeignete Mittel, die beiden Völker sich näher zu bringen.

— Paul Henze ein Gönner der Umsturzpartei. Die „M. Post“ bringt mit stolzer Genugtuung die Mitteilungen des Chefredakteurs der „Neuhofer Volkszeitung“, Schlüter, des früheren Redakteurs an der Zeitung „Sozialdemokrat“ in Bürich, worin Paul Henze nicht mehr und nicht weniger nachdrücklich wird, daß er zur Zeit des Sozialistengesetzes nach München unter einer Deckadresse ganze Ladungen verbotener sozialdemokratischer Zeitungen und Schriften kommen ließ, die dann von den hiesigen „Genossen“ abgeholt und weiterverbreitet wurden. Der Neuhofer Journalist macht im einzelnen so genaue Angaben, daß sie an und für sich schon den Stempel der Glaubwürdigkeit tragen. Sie werden aber noch durch die weitere Bemerkung des Münchener sozialdemokratischen Organs dahin bestätigt und verstärkt, daß der verstorbenen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten v. Schönlanck der Mittelsmann während des Sozialistengesetzes zwischen Paul Henze und der deutschen Sozialdemokratie gewesen sei. Und zum Schluß freudet das Genossenorgan dem verstorbenen Dichter begreiflicherweise hohes Lob wegen dieser der Sozialdemokratie erwiesenen Dienste und spricht jetzt von seinem „Ruhm“. Es ist begreiflich, daß diese Enthüllungen das größte Aufsehen zu erregen geeignet sind. Könige und Fürsten und Mächtige im Reiche der Wissenschaft, der Kunst und Politik haben bei dem Ableben des Dichters dem Toten den Tribut höchster Anerkennung und Verehrung gezollt, und nunmehr stellt sich heraus, daß dieser lange Zeit ein heimlicher Förderer und Gönner der sozialdemokratischen Umsturzbewegung gewesen ist, und zwar zu einer Zeit, wo darauf die Strafe des Geistes stand. Der selbe Mann, der seinerzeit ein Mitglied der Tafelrunde des Königs war und sich gleichzeitig gerne königlichen Ehrensold auszahlen ließ!

## Aus dem Auslande

Oesterreich-Ungarn

— Entlassene Beamten. Die „Bohemia“ meldet, daß die in der Prager Staatspolizei angestellte Frau Waldan, Tochter eines Hofrats und Witwe eines höheren Staatsbeamten, aus dem Dienste entlassen worden ist. Frau Waldan, welchediffizileArbeiten der Staatspolizei erledigte, und daher einen Einblick in streng gehaltene Geheimnisse hatte, soll der Redaktion des „Narodni Listu“ das Material geliefert haben für die Enthüllungen des Blattes über die Verbindung zwischen dem sächsischen nationalsozialistischen Abgeordneten Bezirksschreiber Dr. Svolka und der Staatspolizei.

— Das Befinden des Kaisers. Wie die Korrespondenz Wilhelm aus Schönbrunn von privater Seite erfährt, hat die gestern im Befinden des Kaisers eingetretene Besserung auch heute den ganzen Tag über in vollem Umfang erhalten. Der Monarch ist andauernd fiebersfrei. Er schwächt sich seinen guten Appetit und seine treffliche Stimmung. Bei voller Aufrechterhaltung seines täglichen Arbeitsprogramms geht der Kaiser in beiden Zimmer spazieren und übermischt seine ganze Umgebung durch seine Frische.

## Frankreich

— Der König und die Königin von England sind gestern um 4 Uhr 35 Min. in Paris eingetroffen und von einer großen Menge sehr herzlich begrüßt worden. Das Königspaar wurde am Bahnhof vom Präsidenten der Republik und Frau Poincaré, sowie von den Würdenträgern der Republik empfangen. Während die Musikkapelle der Garde Républicaine nachdrücklich die englische und die französische Hymne spielte, erbrachte Kanonensalut.

— Der König von England empfing gestern abend 6 Uhr 30 Min. im Ministerium des Auswärtigen das diplomatische Corps, dessen Mitglieder dem König durch den englischen Botschafter vorgestellt wurden. Der König wechselt mit jedem der Herren sehr herzliche Worte. Der Empfang dauerte bis 7 Uhr 10 Min.

— Bei dem Diner im Casino zu Ehren des Königs und der Königin von England betonte Präsident Poincaré in seinem Triallspruch: Der heutige Besuch sei die glänzende Weise einer Freundschaft, die dem wohlüberlegten Willen der beiden Nationen entspreche, welche in gleicher Weise dem Frieden zugute seien. Nach einer langen Nebenduftzeit hätten Frankreich und England gelernt, einander zu lieben und ihre Anstrengungen zu vereinigen. Die Entente stelle heute eine der sichersten Bürgschaften des europäischen Gleichgewichts dar. Er zweiste nicht daran, daß die Bande der Einigkeit sich täglich noch festiger würden. Der Präsident dankt auf das Wohl des Königspaares, der königlichen Familie und des geehrten Königtums. Der König betonte in seiner Erwidlung gleichfalls den Nutzen der Entente, die es den beiden Ländern ermögliche, zusammen an dem mächtigen Werk der Zivilisation und des Friedens zu arbeiten. Die idealen Ziele, die Frankreich und England gemeinsam verfolgten, würden das kostbarste Erbe bilden, das den künftigen Geschlechtern hinterlassen werden könne. Der König schloß mit den besten Wünschen für die Wohlfahrt und Größe Frankreichs. Er das er die innigsten und aufrechtigsten Freundschaftsgefühle hege.

## Schweden

— Wahlergebnis in Schweden. Nach der letzten Wahl sind bei der Wahl zur Zweiten Kammer gewählt worden: 79 Mitglieder der Rechten, 65 Liberale und 70 Sozialisten. Die Rechten gewinnen 21 und verlieren 1, die Liberalen verlieren 28 und die Sozialisten gewinnen 12 und verlieren 4 Sitze.